Ressort: Gesundheit

Union fordert Zweitmeinungspflicht für Zahnspangen

Berlin, 25.04.2018, 01:00 Uhr

GDN - Mit einer Zweitmeinungspflicht für die Verordnung von Zahnspangen will die Union hohe Kosten für kiefernorthopädische Behandlungen senken und Fehlbehandlungen verhindern. Der Vize-Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Georg Nüßlein (CSU), sagte der "Berliner Zeitung" (Mittwochausgabe): "Wir müssen darüber nachdenken, ob wir eine Zweitmeinung bei Indikation und Endabnahme installieren."

Es gebe Fälle, in denen eine kiefernorthopädische Behandlung aus kosmetischen Gründen durchgeführt werde, aber medizinisch katastrophale Folgen habe. "Es nützt nichts, wenn die vorderen Zähne schön sind, und die hinteren nicht mehr richtig aufeinander beißen", sagte Nüßlein. Sichergestellt werden müsse, dass die Empfehlung für eine Zahnspange von einem unabhängigen zweiten Arzt auf ihre Erforderlichkeit und medizinischen Folgen geprüft werde. Der Bundesrechnungshof hatte zuvor die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für kiefernorthopädische Behandlungen als zu hoch kritisiert. "Es ist gut, dass der Rechnungshof auf dieses Thema schaut", sagte Nüßlein.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-105193/union-fordert-zweitmeinungspflicht-fuer-zahnspangen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619